

Editorial

Christa Schlager

In der klimapolitischen Diskussion in Österreich ist die Frage der Notwendigkeit einer Bepreisung bzw. Besteuerung von CO₂-Emissionen umkämpft. Im Nationalratswahlkampf schien die Frage, ob eine CO₂-Steuer sinnvoll und notwendig ist, quasi der Lackmustest für die Ernsthaftigkeit der jeweiligen Partei in Sachen Klimaschutz. Das Regierungsprogramm der türkisgrünen Regierung sieht nun eine Task Force zur ökosozialen Steuerreform sowie eine Bepreisung von CO₂ im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform bis 2022 vor.

Wurde in Deutschland verstärkt darüber diskutiert, wie gut oder schlecht das Emissionszertifikatssystem für die Industrie funktioniert, und der ETS-Handel ausgeweitet werden soll, gab und gibt es in Österreich hitzige Diskussionen zum Thema Besteuerung von fossilen Heiz- und Treibstoffen und deren Lenkungs- und Verteilungswirkung für und auf Haushalte.

Da die CO₂-Steuer eine Verbrauchssteuer ist, besteht hinsichtlich ihrer Regressivität Einigkeit. Als besonders belastete Gruppen werden in der Debatte NiedrigeinkommensbezieherInnen angesehen, die weite Strecken mit dem Auto pendeln und/oder auch fossile Heizstoffe verwenden.

Der Dissens besteht darin, ob nun (1) Haushalte zusätzlich belastet werden sollen oder nur Unternehmen, (2) wie stark ein Lenkungseffekt einer CO₂-Steuer tatsächlich ist, bzw. sein kann/muss, (3) wie eine verteilungspolitische Schieflage durch eine finanzielle Rückerstattung der Einnahmen in einen progressiven Verlauf geändert werden kann, sodass Haushalte mit niedrigen Einkommen entlastet werden, aber der Lenkungseffekt erhalten bleibt.

Während Dominik Bernhofer die bisherigen Modelle als ungenügend bei der letzten Frage sieht, bejahen Angela Köppl, Stefan Schleicher und Margit Schratzenstaller die Möglichkeit, mittels eines Modells unerwünschte Verteilungswirkungen abzufangen und positive Anreize für strukturelle Änderungen zu setzen.

Die Diskussionslinien in der CO₂-Steuer-Debatte sind manchmal auch ein wenig unscharf. Ist es doch eine Definitionsfrage, ob bereits bestehende Umweltsteuern auch als CO₂-Steuern in Modellberechnungen miteingehen; ob Mindestpreise im Rahmen des ETS-Handels auch als CO₂-Steuer tituliert werden, oder nicht.

Zusätzlich gilt es zu bedenken, dass die Auswirkungen des Klimawandels, also die Schäden, die aus unzureichendem Klimaschutz entstehen, oft die weniger wohlhabende Bevölkerung stärker treffen, sowohl innerhalb von Landesgrenzen als auch global.

Vielleicht ist der Dissens in der zugespitzten Debatte schlussendlich gar nicht so groß. Eine weiterführende CO₂-Bepreisung in Deutschland und Österreich sind vereinbart. Welche Wirkung diese entfaltet, hängt konkret sehr stark von den Rahmenbedingungen und den sonstigen Maßnahmen ab. Dass es mit der Besteuerung von CO₂ nicht getan ist, darin sind sich zumindest die progressiven Kräfte einig. Der richtige Mix ist

entscheidend. Die Notwendigkeit einer gleichzeitig klimafreundlichen, öffentlichen Investitionsoffensive liegt auf der Hand. Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 in der EU bzw. 2040 in Österreich kann nur erreicht werden, wenn in drei Schlüsselbereichen massiv investiert wird: Energie- und Verkehrsinfrastruktur, Wohnbau und -sanierung und Forschung. Zudem bedarf es umfangreicher Klimaanpassungsinvestitionen, um mit den steigenden Temperaturen umzugehen. Darüber hinaus findet ein Strukturwandel in der energieintensiven Industrie statt, der begleitet werden muss. Es wird daher flankierender Maßnahmen in der Regional- und Arbeitsmarktpolitik bedürfen, um einen sozial gerechten Übergang zu gewährleisten.

Die Abkehr von der schwarzen Null in Deutschland bzw. die Kritik an der geplanten verfassungsrechtlichen Verankerung der Schuldenbremse in Österreich kurz vor der Nationalratswahl wurde mit denselben Argumenten geführt: Das zentrale Moment eines Green New Deals sind Investitionen. Nur wenn gleichzeitig das Angebot an öffentlichen Leistungen massiv verbessert wird, werden wir die notwendige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft erfolgreich umsetzen können.

Literatur

Die neue Volkspartei, Die Grünen – Die Grüne Alternative (2020): Regierungsprogramm 2020 – 2024, https://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2020/01/02/200102-1510_regierungsprogramm_2020_gesamt.pdf